

111

Wirtschaftsprognose

Economic Forecast

März 2020

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020

Coronavirus führt zu Rezession in Österreich

Sperrfrist: Donnerstag, 26. März 2020, 10:30 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

111

Wirtschaftsprognose

Economic Forecast

März 2020

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020

Coronavirus führt zu Rezession in Österreich

Benjamin Bitschi

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Martin G. Kocher

Robert M. Kunst

Michael Reiter

Richard Sellner

Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

AutorInnen

Benjamin Bitschi, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Martin G. Kocher, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Richard Sellner, Klaus Weyerstraß

Titel

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020

Coronavirus führt zu Rezession in Österreich

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 111

Kontakt

Martin G. Kocher

T +43 1 59991-125

E direktion@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E glueck@paulglueck.com

2020 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werkes ist ausgeschlossen.

Coronavirus führt zu Rezession in Österreich

Die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung führen weltweit zu einem Konjektureinbruch. Für Österreich erwartet das Institut eine Rezession; die Wirtschaftsleistung wird im Gesamtjahr 2020 um mindestens 2 % zurückgehen. Diese Prognose ist mit großen Abwärtsrisiken behaftet, da die Tiefe des Wirtschaftseinbruchs vom weiteren Verlauf der Pandemie und von den wirtschaftspolitischen und gesundheitspolitischen Maßnahmen sowie deren Wirksamkeit abhängt. Aufgrund der Produktionseinbußen steigt die Arbeitslosigkeit kräftig, zumindest temporär. Die umfangreichen Maßnahmen der Bundesregierung sind zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung notwendig, werden aber das Budget beträchtlich belasten.

1 Überblick

Die globale Konjunktur steht derzeit ganz im Zeichen der Corona-Pandemie. Die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus (SARS-CoV-2) und die Maßnahmen zur Eindämmung führen weltweit zu beträchtlichen Wirtschaftseinbrüchen. Für Österreich erwartet das Institut für 2020 eine Rezession; im Gesamtjahr dürfte die Wirtschaftsleistung um zumindest 2 % zurückgehen. Gegenwärtig sind aber alle Prognosen mit einem großen Abwärtsrisiko behaftet, da die Tiefe des Wirtschaftseinbruchs vom weiteren Verlauf der Pandemie und von den wirtschaftspolitischen und gesundheitspolitischen Maßnahmen sowie deren Wirksamkeit abhängt. Alles deutet darauf hin, dass die heimischen Schutzmaßnahmen zu merklichen Produktionseinbußen und einem kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit führen. Legt man die bis Ende letzter Woche vorliegenden Daten über den Anstieg der Arbeitslosigkeit im März und historische Erfahrungen zugrunde, könnte die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Berechnung im Gesamtjahr 2020 auf 8,4 % ansteigen. Weltweit haben die Zentralbanken und Regierungen umfangreiche Maßnahmen zur Begrenzung der ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie ergriffen. Die heimische Bundesregierung hat ein Maßnahmenpaket im Ausmaß von 38 Mrd. Euro angekündigt. Dabei sollen, neben der Soforthilfe von 4 Mrd. Euro, 9 Mrd. Euro für Garantien und Haftungen sowie 15 Mrd. Euro an Förderungen für besonders betroffene Unternehmen bereitgestellt werden. Zudem wurden 10 Mrd. Euro für Steuerstundungen veranschlagt. Weiters wurde ein sehr attraktives Kurzarbeitsmodell entwickelt. Diese Maßnahmen sind notwendig, um die wirtschaftliche Entwicklung einigermaßen zu stabilisieren, belasten aber das Budget. Gegenwärtig geht das Institut von einem Defizit von 5 % des BIP aus. Die Regierung hat angekündigt, bei einer länger dauernden Rezessionsphase weitere Mittel zur Verfügung zu stellen.

Das genaue Ausmaß der wirtschaftlichen Schäden durch das Coronavirus lässt sich gegenwärtig nur sehr schwer beziffern. Die Bekämpfung der Pandemie erfordert drastische Maßnahmen. So wird das öffentliche Leben nahezu lahmgelegt, indem Geschäfte, Restaurants, Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen geschlossen sowie Veranstaltungen abgesagt werden. Dadurch kommt es zu einem massiven Angebotsschock und Nachfrageausfall. Die steigende Arbeitslosigkeit beeinträchtigt den privaten Konsum. Die Investitionen leiden unter der außergewöhnlich hohen Unsicherheit und dem Nachfrage- und Produktionsausfall. Aufgrund von gestörten Lieferketten kommt es zu Produktionseinbußen bzw. temporären Werkschließungen. Das Ausmaß der wirtschaftlichen Effekte hängt wesentlich von der ungewissen Dauer der Maßnahmen zur Eindämmung des Virus ab. Der gegenwärtige Wirtschaftseinbruch folgt nicht dem traditionellen Konjunkturmuster. Ein klassischer Konjunkturrückgang trifft zuerst den konjunkturreagibleren Sachgüterbereich der Wirtschaft und breitet sich im Zeitablauf allmählich auf den Dienstleistungsbereich aus. Die Corona-Epidemie und die Maßnahmen zur Eindämmung belasten hingegen insbesondere die wirtschaftliche Aktivität, im Rahmen derer viele Menschen zusammenkommen. Der Tourismus kommt fast gänzlich zum Erliegen und Großveranstaltungen im Bereich des Sports und der Kultur werden abgesagt.

Nach einem verhaltenen Wachstum im Schlussquartal des Jahres 2019 (0,3 % gegenüber dem Vorquartal) deuteten die Vorlaufindikatoren im Jänner und Februar auf eine stabile Entwicklung der heimischen Wirtschaftsleistung für das Gesamtjahr 2020 hin. Im Februar und insbesondere im März ist das Corona-Virus aber auch in Europa aufgetreten, und die wirtschaftlichen Aussichten haben sich immer mehr eingetrübt. Nachdem eine Eindämmung auf wenige Fälle in den meisten europäischen Staaten gescheitert ist und die Ausbreitung des Virus in vielen europäischen Ländern nun exponentiell erfolgt, hat auch die österreichische Regierung Mitte März Maßnahmen zur weitreichenden Einschränkung des öffentlichen Lebens getroffen. Hierzu zählt insbesondere die Schließung von Geschäften, in denen nicht-lebensnotwendige Güter verkauft werden, sowie von Schulen, Kindergärten, Restaurants, Kaffeehäusern, Freizeit- und Sporteinrichtungen. Auch Ausgangsbeschränkungen wurden verhängt. Da es, nicht zuletzt aufgrund der Ausgangsbeschränkungen, zu einem starken Rückgang der Nachfrage in einzelnen Branchen kommt und zudem MitarbeiterInnen wegen Kinderbetreuungspflichten nicht zur Arbeit gehen können und auch gesundheitspolitische Überlegungen dies befürworten, kommt es inzwischen auch zur temporären Schließung von Produktionsstätten. Eine geringere Produktion in wichtigen Exportmärkten führt in weiterer Folge zu einer niedrigeren Nachfrage nach Vorleistungsgütern aus Österreich. Maßnahmen zur Reduktion der Mobilität wie etwa verstärkte Grenzkontrollen beeinträchtigen die Just-in-time-Produktion. Damit kommt es zu temporären Unterbrechungen von Lieferketten.

Die Corona-Pandemie erreichte die Weltwirtschaft zu einem Zeitpunkt, zu dem sich eine Konjunkturstabilisierung angedeutet hatte. In der ersten Jahreshälfte wird die Weltwirtschaft durch die SARS-CoV-2-Pandemie stark belastet. Letztlich dürfte die Pandemie aufgrund der einschneidenden Maßnahmen aber allmählich überwunden werden, und ab der zweiten Jahreshälfte sollte sich die wirtschaftliche Lage normalisieren. Gleichwohl ist nur eine graduelle Erholung zu erwarten, da im Zuge des Konjunktureinbruchs die Kapazitätsauslastung sinkt und somit die Investitionen weiter schwach bleiben dürften. Der Welthandel dürfte nur sehr langsam Fahrt aufnehmen und im Jahresdurchschnitt um 2,5 % schrumpfen. Unter diesen Bedingungen dürfte die Wirtschaftsleistung in der EU27 um 1,8 % sinken. Besonders drastisch dürfte der Einbruch mit zumindest 4 % in Italien ausfallen. Auch für Deutschland ist ein kräftiger Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im Ausmaß von 1,5 % zu erwarten. Für die USA beläuft sich die Prognose derzeit auf eine Stagnation der Wirtschaftsleistung. Für die Industrieländer erwartet das Institut gegenwärtig einen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,5 %, für die Weltwirtschaft eine starke Wachstumsverlangsamung auf 1,6 %.

Unter der Annahme des skizzierten internationalen Konjunkturbildes hat das Institut die BIP-Entwicklung in Österreich für das Jahr 2020 abgeschätzt. Aufgrund der gegenwärtig hohen Unsicherheit können nur grobe Schätzungen über Dauer und wirtschaftliche Folgen der Eindämmungsmaßnahmen vorgenommen werden. Die vorliegende BIP-Prognose basiert auf den Abschätzungen der wirtschaftlichen Effekte des Corona-Virus anhand eines Input-Output-Modells (Czypionka et al. 2020¹). Die Berechnungen basieren auf Annahmen über die Wirkungen der Eindämmungsmaßnahmen auf sektoraler Ebene unter Berücksichtigung der ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen. Dabei wird von einer vierwöchigen Dauer der Eindämmungsmaßnahmen ausgegangen. Es wird unterstellt, dass die Wirtschaftsleistung im Beherbergungs- und Gastronomiesektor sowie im Sektor Kunst, Unterhaltung und Erholung in diesem Zeitraum nahezu völlig zum Erliegen kommt. Auch danach wird die ökonomische Normalisierung einige Zeit dauern, sodass für das Gesamtjahr 2020 Reduktionen um rund 15 % bzw. 10 % zu erwarten sind. Die Wertschöpfung im Handel (ohne Nahrungsmittel oder Medikamente) könnte in den vier Wochen um 70 % zurückgehen. Beim Transportwesen wird ein Einbruch um 50 % unterstellt. Aufgrund der schwachen internationalen Konjunktur wird im Gesamtjahr 2020 die Wirtschaftsleistung im Produktionssektor um rund 5 % geringer ausfallen. Wegen der engen Verflechtung dürfte auch die Wertschöpfung bei den wirtschaftsnahen Dienstleistungen um rund 4 % zurückgehen. Diese Berechnungen implizieren, dass die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung die

¹ Czypionka, T., Lappöhn, S., Reiss, M., Schnabl, A., Weyerstraß, K., Zenz, H., Abschätzung der wirtschaftlichen Folgen des Ausbruchs des neuartigen Coronavirus (SARS-CoV-2) in China, Update 17. März 2020, IHS Policy Brief 4/2020

Wirtschaftsleistung im Vergleich zur prognostizierten Entwicklung von Anfang des Jahres um rund 3 % dämpfen könnten.

Vor diesem Hintergrund dürfte die Wirtschaftsleistung in Österreich im Jahr 2020 um 2 % zurückgehen. Dabei wird unterstellt, dass sich der Großteil der negativen Effekte auf die erste Jahreshälfte beschränkt. In der zweiten Jahreshälfte sollte sich die Wirtschaft durch den Wegfall der direkten Effekte der Eindämmungsmaßnahmen und die erwartete Verbesserung der internationalen Rahmenbedingungen erholen und spürbar an Fahrt gewinnen. Die positive Wirtschaftsdynamik sollte sich im kommenden Jahr fortsetzen.

Die vorliegende Einschätzung der BIP-Entwicklung ist aufgrund der Notwendigkeit, viele Annahmen zu treffen, mit hoher Unsicherheit behaftet. Der weitere Konjunkturverlauf hängt wesentlich vom Verlauf der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sowie von deren Dauer und Wirksamkeit ab. Die Prognose basiert auf der Annahme, dass die Maßnahmen, wie von der Regierung angekündigt, bis 13. April aufrecht bleiben. Eine längere Dauer würde zu einer tieferen Rezession führen. Sollte der partielle Wirtschaftsstillstand einen Monat länger dauern, dann könnte das BIP im Jahr 2020 um rund 5 % sinken. Die fiskalpolitischen Stützungsmaßnahmen sollten aber jedenfalls dazu beitragen, die Liquidität und Erwartungen der Unternehmen in den besonders betroffenen Branchen zu stabilisieren.

Die Inflation, gemessen am Anstieg des VPI, ist in den letzten drei Monaten um einen Prozentpunkt auf 2,2 % im Februar 2020 gestiegen. Der höhere Preisdruck ist nicht nur auf die volatile Energiepreiskomponente zurückzuführen, sondern breit von den verschiedenen Produktgruppen des Warenkorbs abgestützt. Allein die Entwicklung des Ölpreises dürfte diesen Trend unterbrechen und die Inflationsrate auf Jahressicht um einen halben Prozentpunkt senken. Mit Blick auf die anderen Komponenten des Warenkorbs sind die jüngsten Entwicklungen schwierig abzuschätzen. So dürften einige der Einschränkungen in der Produktion oder in der Logistikkette zu Knappheiten führen, welche den Preisanstieg bei bestimmten Gütern beschleunigen könnten. Aktuell gibt es dafür aber keine warenkorbrelevanten Anzeichen. Für die breite Masse der Waren und Dienstleistungen ist in Krisenzeiten von einem nachlassenden Preisdruck auszugehen, was sich aber unterschiedlich schnell in der Inflationsrate niederschlagen dürfte. Darüber hinaus ist noch ungeklärt, wie die statistischen Ämter mit dem Sonderfall umgehen, dass gewisse Preise – wie etwa für Flüge – nicht mehr abrufbar sind, da diese Dienstleistungen nicht konsumiert werden können. In Summe revidiert das Institut seine Inflationsprognose nach unten, auf 1,3 % für 2020.

Im Zuge des Konjunkturaufschwungs der Jahre 2016 bis 2018 hat sich die Lage am Arbeitsmarkt deutlich verbessert. Im Februar dieses Jahres lag der Arbeitslosenbestand noch um 2,7 % unter dem Vorjahreswert. Mit dem Auftreten des Coronavirus in

Österreich und den folgenden Eindämmungsmaßnahmen hat sich die Situation schlagartig geändert. Die Zahl der Zugänge in die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Tagen enorm gestiegen. Die neue Form der Kurzarbeitsregelung und die Nothilfen für die besonders betroffenen Unternehmen werden vom Institut ausdrücklich begrüßt. Sie sollten dazu beitragen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit einzudämmen. Anhand der Erfahrungen aus der Finanzkrise 2008/2009 und des bis Ende letzter Woche verzeichneten Anstiegs der Arbeitslosenzahlen wurde versucht, die Auswirkungen der Rezession auf den Arbeitsmarkt abzuschätzen. Hierbei wurde unterstellt, dass die Kurzarbeitsregelung sehr gut angenommen wird. Vor diesem Hintergrund dürfte die Beschäftigung im Jahresdurchschnitt 2020 um 1,1 % zurückgehen und die Arbeitslosenquote auf 8,4 % ansteigen. Das Institut geht davon aus, dass der gegenwärtige Zustrom in die Arbeitslosigkeit teilweise auf die verkürzte Wintersaison im Tourismus zurückgeht. Laut Modellrechnungen würde alleine die Verlängerung der durchschnittlichen Arbeitslosendauer im Bereich Gastronomie/Beherbergung um zwei Monate den durchschnittlichen Arbeitslosenbestand im Gesamtjahr um rund 22.000 Personen erhöhen. Die Einschätzung der Arbeitslage ist gegenwärtig mit enormer Unsicherheit behaftet. Im Gegensatz zu früheren Wirtschaftskrisen trifft die gegenwärtige Krise insbesondere personalintensive Sektoren. Liquiditätsengpässe und pessimistische Erwartungen der Unternehmen können durchaus zu starken Entlassungswellen führen, vor allem dann, wenn die Unterstützungsmaßnahmen nicht angenommen werden. Gegenwärtig geht das Institut davon aus, dass mit der Stabilisierung der Wirtschaftslage die Arbeitslosenzahl wieder kräftig sinken sollte. Allerdings können Hysteresis-Effekte, also permanente Effekte, nicht ausgeschlossen werden. Zusätzlich könnte es aufgrund der Grenzschließungen in einigen Branchen, wie etwa in der Landwirtschaft oder der Pflege, zu temporären Arbeitskräfteengpässen kommen.

Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2019	2020
Bruttoinlandsprodukt, real	1,6	-2,0
Unselbstständig Aktiv-Beschäftigte	1,6	-1,1
Arbeitslosenquote: Nationale Definition*	7,4	8,4
Verbraucherpreisindex	1,5	1,3
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP*	0,5	-5,0

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

*absolute Werte

2 Die internationale Konjunktur

Die globale Konjunktur steht derzeit ganz im Zeichen der Corona-Pandemie. Diese erreichte die Weltwirtschaft zu einem Zeitpunkt, zu dem sich eine Konjunkturstabilisierung angedeutet hatte. Der globale Einkaufsmanagerindex stieg seit November. Nachdem sich im Verlauf des vergangenen Jahres der Teilindex für den Dienstleistungssektor abgeschwächt hatte, stieg er seit November wieder an. Und auch im Verarbeitenden Gewerbe hat sich die Stimmung der Einkaufsmanager aufgehellt. Im Jänner erreichte dieser Teilindex den höchsten Wert seit neun Monaten. Auch die Auftragseingänge signalisierten eine Ausweitung der industriellen Erzeugung in den kommenden Monaten. Zu der Stimmungsaufhellung dürfte der Abschluss des „Phase-1-Handelsabkommens“ zwischen den USA und China maßgeblich beigetragen haben. Zudem hat das Vereinigte Königreich nach mehrmaligem Verschieben des Austrittstermins nunmehr am 31. Jänner 2020 die EU verlassen, wobei ein Abkommen regelt, dass sich an den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU27 bis Ende dieses Jahres nichts ändert. Auch dies hat zu einer temporären Abnahme der wirtschaftspolitischen Unsicherheit beigetragen. In den Schwellenländern war die Entwicklung im vierten Quartal 2019 uneinheitlich. In Lateinamerika hat sich die Konjunktur stabilisiert, nachdem es dort im vergangenen Jahr zu einem scharfen Einbruch gekommen war. In China hat sich die graduelle Wachstumsverlangsamung fortgesetzt.

Seit Jahresbeginn wurde dann die Weltwirtschaft durch die Folgen des SARS-CoV-2-Virus immer stärker in Mitleidenschaft gezogen. Zunächst war die Epidemie auf China, und hier vor allem auf die Provinz Hubei, beschränkt. Außerhalb Chinas traten ökonomische Folgen vorerst insbesondere in jenen benachbarten Ländern zutage, in denen der Tourismus einen großen Anteil an der Wertschöpfung ausmacht. Darüber hinaus waren weltweit über Unterbrechungen der Lieferketten all jene Volkswirtschaften betroffen, deren Unternehmen stark auf Vorleistungen aus China angewiesen sind. Auch in Ländern, für die die Ausfuhren nach China einen hohen Anteil der gesamten Exporte ausmachen, wurde die Konjunktur belastet. Indirekt über die Vorleistungsbeziehungen waren von dem Nachfragerückgang aus China auch jene Länder betroffen, deren Unternehmen Vorprodukte für andere Unternehmen erzeugen, für die China ein wichtiger Absatzmarkt ist.

Im Februar und vor allem im März erreichte die SARS-CoV-2-Epidemie dann auch Europa. Hier war und ist Italien besonders stark betroffen. Inzwischen hat die Epidemie aber ganz Europa erreicht, und auch in Spanien, Frankreich und Deutschland steigt die Zahl der Infizierten stark. Auch in den USA breitet sich das Virus mittlerweile rasch aus. Weltweit ergreifen Regierungen drastische Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. So wird

vielerorts das öffentliche Leben nahezu lahmgelegt, indem Geschäfte, Restaurants, Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen geschlossen sowie Veranstaltungen abgesagt werden. Dadurch kommt es zu einem massiven Angebotsschock und Nachfrageausfall. Die Arbeitslosigkeit wird trotz äußerst expansiver fiskalpolitischer Maßnahmen steigen, was den privaten Konsum beeinträchtigt. Die Investitionen leiden unter der sehr hohen Unsicherheit und dem Nachfrage- und Produktionsausfall.

In China scheint die Pandemie nach rund sieben Wochen weitgehend überwunden zu sein. Nachdem dort nur noch wenige tägliche Neuinfektionen gemeldet wurden, beginnt die Produktion wieder Fahrt aufzunehmen. Von einer Rückkehr zur Normalität ist man aber noch weit entfernt. Sämtliche hochfrequente Indikatoren über die wirtschaftliche Aktivität zeigen, dass die Wiederaufnahme der Produktion nur sehr schleppend verläuft. Im Februar zeigten die Daten nur geringfügige Anstiege des Energieverbrauchs, des Personen- und Güterverkehrs oder der Rohstoffpreise. Der Februar-Wert des offiziellen Einkaufsmanagerindex (*Caixin*) für das Verarbeitende Gewerbe (EMI) fiel von 50 Punkten im Jänner auf 35,7 Punkte im Februar. Der offizielle EMI für den Dienstleistungssektor fiel von 54,1 Punkten auf nur 29,6 Punkte. Damit wurde erstmals ein Wert von unter 50 Punkten für den Dienstleistungsbereich registriert.

An den Rohstoffmärkten haben die Sorgen über die wirtschaftlichen Folgen des Coronavirus-Ausbruchs zu einem Einbruch der Preise für Rohöl und Industrierohstoffe geführt. Am 9. März kam es, auch infolge des Scheiterns der Verhandlungen zwischen der OPEC und Russland über Förderkürzungen, zum stärksten Einbruch des Ölpreises seit dem Beginn des Golfkriegs im Jänner 1991. Aufgrund der weiteren Ausbreitung des Coronavirus sank der Ölpreis inzwischen noch weiter. Mitte März notierte das Fass Öl der Sorte Brent bei rund 25 US-Dollar, nach 64,6 US-Dollar im Jahresdurchschnitt 2019 und noch rund 60 US-Dollar Mitte Februar. Dies stärkt zwar die Konjunktur in den Industrieländern, belastet aber die rohstoffexportierenden Schwellenländer.

An den internationalen Finanzmärkten kam es seit Anfang März zu teils historischen Kursstürzen. So sackte der Dow-Jones-Index in den USA am 16. März um 13 % ab, was den größten Tagesverlust in der Geschichte bedeutet. In vielen Ländern liegen die Aktienindizes inzwischen um rund ein Drittel niedriger als zu Jahresbeginn, mancherorts sind die Verluste noch größer. Parallel sind die Renditen von Unternehmensanleihen gestiegen. Damit steigen, trotz der weiterhin bei nahe null liegenden Leitzinsen, die Finanzierungskosten für die Unternehmen. Auch die Renditen von Staatsanleihen sind zuletzt gestiegen, was entsprechend höhere Finanzierungskosten für die zu erwartenden Haushaltsdefizite bedeutet.

Der Welthandel blieb schwach. Nachdem das Volumen des Warenaustauschs vom dritten Quartal 2018 bis zum zweiten Quartal 2019 gegenüber dem jeweiligen

Vorquartal gesunken war, stieg der Welthandel im dritten Quartal leicht. Allerdings kam es im Schlussquartal 2019 wieder zu einem Rückgang, was vor allem auf eine schwache Importnachfrage der Industrieländer zurückzuführen ist und wohl Ausdruck der trügen Inlandsnachfrage dort ist. Erstmals seit der Rezession 2009 sank das Welthandelsvolumen im Jahresdurchschnitt.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Epidemie belasten, ebenso wie die Unterbrechung der Lieferketten, die Weltwirtschaft erheblich. Letztlich dürfte die Pandemie aufgrund der einschneidenden Maßnahmen aber allmählich überwunden werden, wenn die GesundheitsexpertInnen recht behalten, und ab der zweiten Jahreshälfte sollte sich die wirtschaftliche Lage normalisieren. Auch die derzeit stillgelegten Produktionskapazitäten dürften dann wieder genutzt werden und Teile der ausgefallenen Produktionsleistung bzw. des Konsums sollten nachgeholt werden. Bei den Dienstleistungen ist allerdings mit geringeren Nachholeffekten zu rechnen.

Der Welthandel dürfte nur sehr langsam Fahrt aufnehmen. Auch nach dem Abschluss des Handelsabkommens zwischen den USA und China sind die bilateralen Zölle höher als vor Ausbruch des Handelskonflikts. Zudem dürften die globalen Investitionen schwach bleiben, was ebenfalls den weltweiten Warenaustausch belastet. Schließlich werden sich selbst bei einer baldigen Eindämmung des Coronavirus die Produktion und die globalen Lieferungen von Vor- und Endprodukten nur langsam normalisieren.

Unter diesen Bedingungen dürfte die Wirtschaftsleistung in der EU27 um 1,8 % sinken. Besonders drastisch dürfte der Einbruch in Italien ausfallen. Für Deutschland wird derzeit ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 1,5 % erwartet. Dort war die Konjunktur bereits im vergangenen Jahr schwach, vor allem in der Industrie. In Mittel- und Osteuropa sind die negativen ökonomischen Effekte der Corona-Krise bisher im Tourismus, in den Transportdienstleistungen, im Energiesektor sowie in der Industrie deutlich spürbar. In einzelnen Branchen und Regionen führte die Unterbrechung der Lieferketten zu Produktionsverzögerungen in mehreren Industrieunternehmen. Dennoch bleiben die mittel- und osteuropäischen Länder im Vergleich zu Westeuropa noch auf einem Wachstumskurs. Für die USA beläuft sich die Prognose derzeit auf eine Stagnation der Wirtschaftsleistung. Für die Industrieländer erwartet das Institut gegenwärtig einen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,5 %, für die Weltwirtschaft eine starke Wachstumsverlangsamung auf 1,6 %.

Für 2021 sind die wirtschaftlichen Aussichten äußerst unsicher, weil die Entwicklung davon abhängt, wie lange die Pandemie andauert und wie lange es anschließend dauert, bis sich die Lieferketten und die Produktion normalisiert haben. Falls die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie im Verlauf des Frühlings aufgehoben werden und ab Jahresmitte eine wirtschaftliche Erholung einsetzt, sind für die zweite Jahreshälfte 2020

und das Jahr 2021 Wachstumsraten deutlich oberhalb der jeweiligen Potenzialpfade zu erwarten. Andererseits ist auch eine längere Phase langsamem Wachstums nicht auszuschließen, falls bis Herbst kein Impfstoff und kein Medikament gegen die Krankheit COVID-19 verfügbar sind und es im kommenden Herbst und Winter zu ähnlichen Produktionsausfällen und Eindämmungsmaßnahmen wie derzeit kommt.

In Europa und weltweit haben die Zentralbanken und Regierungen umfangreiche Maßnahmen zur Begrenzung der ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie ergriffen. Am 18. März hat die Europäische Zentralbank bekanntgegeben, dass das Eurosystem bis Ende 2020 für 750 Mrd. Euro zusätzliche Anleihen ankaufen wird (Staatsanleihen, Anleihen von öffentlichen Unternehmen/Institutionen; Unternehmensanleihen, Pfandbriefe,forderungsbesicherte Wertpapiere), zusätzlich zur Aufstockung des Ankaufprogrammes im Ausmaß von 120 Mrd. Euro bis Ende des Jahres, welche am 12. März beschlossen worden war. Im Vergleich zu den bereits bestehenden Ankaufprogrammen werden nun auch Geldmarktpapiere aufgekauft, die Bedingungen für hinterlegte Sicherheiten werden gelockert, und es werden auch griechische Staatsanleihen gekauft. Darüber hinaus hat die EZB die Kapital- und Liquiditätsanforderungen für europäische Banken gelockert. Die US-Notenbank hat im März in zwei Schritten den Leitzins von einer Spanne von 1,5 % bis 1,75 % auf eine Spanne von 0 % bis 0,25 % gesenkt. Auch die *Bank of England* und weitere Zentralbanken haben die Leitzinsen gesenkt, sofern noch Spielraum dafür vorhanden war. Die Europäische Kommission stellt 37 Mrd. Euro für Kredite an kleinere Unternehmen und den Gesundheitssektor zur Verfügung. Darüber hinaus wurden die Regeln für die Gewährung von Beihilfen durch die Mitgliedstaaten gelockert. Durch die Aktivierung der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts werden die Defizitregeln außer Kraft gesetzt. Für Schwellenländer stellen die Weltbank 14 Mrd. US-Dollar und der Internationale Währungsfonds 50 Mrd. US-Dollar zur Verfügung. Auch die meisten Regierungen haben umfangreiche fiskalpolitische Maßnahmen zur Förderung von Kurzarbeit und für die Stärkung der Liquidität von Unternehmen beschlossen.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung ist mit erheblichen Abwärtsrisiken behaftet. Gegenwärtig ist nicht absehbar, wie stark sich das Coronavirus ausbreitet und wie lange die Epidemie anhält. Jedenfalls würde eine langanhaltende weltweite Pandemie die Konjunktur gravierend beeinträchtigen. Das Verarbeitende Gewerbe wäre vor allem durch Unterbrechungen bei den Lieferketten von Vorprodukten betroffen. Weitere Branchen, die stark in Mitleidenschaft gezogen würden, sind der Tourismus und die Luftfahrt. Problematisch sind auch Reisebeschränkungen und Unsicherheiten über die weitere Entwicklung, welche die wirtschaftliche Aktivität in China sowie die Wirtschaftsbeziehungen mit China zumindest in den nächsten Wochen oder Monaten

erschweren würden. Hinzu könnte eine Konsum- und Investitionszurückhaltung im Rest der Welt kommen, wenn die Bevölkerung verunsichert ist.

Für Europa besteht ein zusätzliches Abwärtsrisiko darin, dass nach wie vor unklar ist, wie die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich ausgestaltet sein werden. Das Austritts- und Übergangsabkommen sieht vor, dass die Regelungen des EU-Binnenmarktes und der EU-Zollunion bis zum Ablauf einer Übergangsfrist am 31. Dezember 2020 für das Vereinigte Königreich weiter gelten. Die Gefahr eines Brexit ohne endgültiges Abkommen steht somit weiter im Raum.

Auch nach dem Abschluss des „Phase-1-Abkommens“ zwischen China und den USA besteht die latente Gefahr neuer protektionistischer Maßnahmen. So steht nach wie vor die Drohung der US-Regierung im Raum, weitere Importe aus der EU mit Zöllen zu belegen. Insbesondere Zusatzzölle der USA auf Kfz-Importe würden die Konjunktur in der EU belasten. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass das Handelsabkommen zwischen den USA und China Handelsumlenkungen zugunsten dieser beiden Volkswirtschaften und zulasten anderer Länder nach sich zieht. China hat sich zum Import von US-Produkten aus den Branchen Landwirtschaft, Energie und Verarbeitendes Gewerbe verpflichtet. Unter Marktanteilsverlusten bei Agrarprodukten würden vor allem einige lateinamerikanische Volkswirtschaften leiden, während Handelsumlenkungen im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes die EU besonders treffen würden.

Tabelle 2: Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2017	2018	2019	2020
BIP, real				
Deutschland	2,5	1,5	0,6	-1,5
Italien	1,7	0,8	0,2	-4,0
USA	2,4	2,9	2,3	0,0
China	6,9	6,7	6,1	4,7
MOEL-5 ⁱ	4,5	4,5	3,6	0,7
Euroraum	2,5	1,9	1,2	-2,0
EU-27	2,7	2,1	1,5	-1,8
OECD	2,7	2,3	1,8	-0,5
Welt	3,7	3,5	2,9	1,6
Welthandel (Waren laut CPB)	5,2	3,8	-0,4	-2,5
Österreichische Exportmärkte	5,8	3,7	1,7	-2,4
USD/EUR Wechselkurs*	1,13	1,18	1,12	1,11
Rohölpreis*	54,8	71,7	64,6	46,0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

ⁱ MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

*absolute Werte

3 Eine Abschätzung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Epidemie

Mit Hilfe eines Input-Output-Modells hat das Institut die BIP-Auswirkungen der Corona-Epidemie abgeschätzt (siehe Czypionka et al. 2020¹). Die Berechnungen basieren auf Annahmen über die Wirkungen der Eindämmungsmaßnahmen auf sektoraler Ebene unter Berücksichtigung der ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen. Dabei geht das Institut von einer Dauer der Eindämmungsmaßnahmen von vier Wochen aus und erwartet, dass die Wirtschaftsleistung im Beherbergungs- und Gastronomiesektor sowie im Sektor Kunst, Unterhaltung und Erholung in diesen vier Wochen nahezu völlig zum Erliegen kommt. Auch danach wird die ökonomische Normalisierung einige Zeit dauern, sodass für das Gesamtjahr 2020 eine Reduktion von etwa 15 % bzw. 10 % erwartet wird. Der Handel (ohne Nahrungsmittel oder Medikamente) könnte in den vier Wochen um 70 % zurückgehen. Im Transportwesen wird ein Einbruch um 50 % unterstellt. Aufgrund der schwachen internationalen Konjunktur wird für das Gesamtjahr 2020 ein Rückgang der Wirtschaftsleistung im Produktionssektor um rund 5 % erwartet. Aufgrund der engen Verflechtung dürfte auch die Wertschöpfung in den wirtschaftsnahen Dienstleistungen um 4 % zurückgehen.

Aufbauend auf diesen Annahmen sollte die Wirtschaftsleistung in Österreich aufgrund der Corona-Epidemie und den damit zusammenhängenden Maßnahmen um rund 11,6 Mrd. Euro (3,1 % des BIP) geringer ausfallen (siehe Tabelle 3) als noch zu Beginn des Jahres erwartet.

Die Abschätzung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie ist mit hoher Unsicherheit behaftet. Hinsichtlich des weiteren Verlaufs der Pandemie und der daraus folgenden Eindämmungsmaßnahmen können nur Annahmen getroffen werden. Bei einer angenommenen Maßnahmendauer von acht Wochen, ergäbe sich ein Corona-Effekt im Ausmaß von rund 6 % des BIP.

Tabelle 3: Potenzielle Effekte des Coronavirus nach Sektoren
Wertschöpfungsverlust in Mrd. Euro

	Mrd. Euro
Herstellung von Waren	2,9
Handel	1,6
Verkehr	0,7
Beherbergung und Gastronomie	2,5
Wirtschaftsnahe Dienstleistungen	2,0
Sonstige Sektoren	0,7
Summe über alle Sektoren	10,4
Rückgang des Bruttoinlandsprodukts	11,6

Quelle: IHS basierend auf Czypionka et al. (2020)¹